100% sozial auch kommunal.

DIE LINKE.

www.die-linke-rlp.de

Inhalt

Vorwort

1. Geld ist nicht alles...

2. Erledigt und nicht erledigt

3. Gesellschaft

3.1. Jugend

3.2. Senioren

3.3. Soziale Gerechtigkeit

3.4. Bildung

3.5. Ausländer und Asyl

3.6. Verkehr

3.7. Ehrenamt

4. Wirtschaft

4.1.Wirtschaftsförderung

5. Umwelt

6. Kreistag

DIE LINKE.
Kreisverband Neuwied

Vorwort

DIE LINKE wirkt – auch in und um Neuwied!

Kommunalpolitik ist Politik vor Ort: Im Kreistag fallen Entscheidungen über Kindergärten und Schule, über die Müllabfuhr und die Wasserversorgung. Oft sind wir als Bürger von solchen Beschlüssen viel stärker betroffen, als von Bundestagsdebatten: die Müllabfuhr bezahlt jede und jeder. Kinderbetreuung ist für Familien ein wichtiger Faktor ihrer ganz persönlichen Lebensführung. Nahverkehr und Schwimmbad, Kultur und Umweltschutz, Windräder und Arbeitsplätze – das ist der Stoff, aus dem Kommunalpolitik ist.

Zahlreiche Menschen zwischen Asbach und Heimbach-Weis, zwischen Neuwied und Puderbach engagieren sich in Vereinen und Umweltgruppen, den Tafeln und Jugend- oder Altengruppen. Obwohl das gelebte Politik ist, würden die meisten Aktiven es nicht so nennen. Wir wollen, dass solche Menschen mehr Einfluss darauf gewinnen, wie Politik im Kreistag gemacht wird.

Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger mithilfe des Bürgerhaushaltes auch finanzielle Entscheidungen fällen können und wir wollen die Bereitschaft der Menschen fördern, sich für sich und unsere Heimat einzusetzen. Deswegen laden wir alle Interessierten ein, sich bei und mit der LINKEN für eine andere Politik einzusetzen: Demokratie lebt vom Mitmachen. Gerade vor Ort in der Kommunalpolitik sind die Einflussmöglichkeiten groß: wer nicht mehr daran glaubt, dass der Bundestag im Sinne der Menschen entscheidet – hier im Kreis Neuwied können wir es gemeinsam besser machen.

Dafür treten wir an, dafür bitten wir auch um die Stimmen derer, die Politik und Demokratie ansonsten für eine Veranstaltung halten, die leicht auch ohne sie auskommt.

Machen Sie mit, engagieren Sie sich für eine lebenswerte Zukunft!

Bringen Sie Ihre Gedanken und Vorstellungen ein!

Wählen Sie am 25. Mai DIE LINKE!

Mit herzlichen Grüßen

Jochen Bülow
Kreisvorsitzender
DIE LINKE.Neuwied

1. Geld ist nicht alles...

...aber ohne Geld ist vieles nichts! Denn politische Gestaltung ist nicht zum Nulltarif zu haben.

Genau deswegen hat die Selbstverwaltung der Städte, Kreise und Gemeinden Verfassungsrang. Aber gegen die eindeutige Festlegung des Grundgesetzes wird auch in Rheinland-Pfalz seit vielen Jahren verstoßen. Zuletzt so massiv, dass das Verfassungsgericht des Landes die rot-grüne Landesregierung deswegen verurteilt und bis Ende 2013 mehr Geld auch für den Kreis Neuwied verlangt hat. Denn so tatenlos die Landesregierung so, so wortreich beklagen sozialdemokratische und grüne Politikerinnen und Politiker im Kreistag die Finanznot. Obwohl es ihre Parteifreunde in Mainz und Berlin sind, die für genau die Gesetze verantwortlich sind, die im Kreis Neuwied die Straßen und öffentlichen Gebäude verrotten lassen, die für immer weniger Schwimmbäder und Bibliotheken, für weniger Daseinsvorsorge und immer höhere Gebühren und Beiträge sorgen.

Trotz der Angebotsverschlechterung auf der einen und der Gebührenerhöhungen auf der anderen Seite: Auch in diesem Jahr steigen die Schulden unseres Kreises erneut um rund vier Millionen Euro. Und das in einem Jahr sprudelnder Steuereinnahmen und harten Sparens auf der Ausgabenseite. Die Einnahmen reichen einfach nicht.

DIE LINKE tritt deshalb dafür ein, dass der Landrat erneut beauftragt wird, die Landesregierung zu verklagen. Die gerichtlich geforderte „Reform des kommunalen Finanzausgleiches“ verdient ihren Namen nicht. Das neue Gesetz hat für eine kleine Verbesserung der Finanzsituation gesorgt, von einer Lösung des Problems sind wir meilenweit entfernt. Taktische Erwägungen und das Spiel auf Zeit dürfen nicht länger die Entscheidungen bestimmen: Die Menschen wollen den sozialen und leistungsfähigen Staat vor Ort erleben, wir brauchen hier Straßen und Öffentlichen Nahverkehr, Schulen, Kindergärten, Sport- und Erholungseinrichtungen, Gesundheitsfürsorge und Hilfe und Unterstützung für Senioren. Jeder Euro für die Kommunen ist ein Euro, der den Menschen fast unmittelbar zugute kommt. Dafür werden wir kämpfen.

2. Erledigt und nicht erledigt

Seit fünf Jahren vertreten zwei Mandatsträger der LINKEN die Interessen der Neuwiederinnen und Neuwieder im Kreistag und – gemeinsam mit Parteifreunden und nicht parteigebundenen Bürgern – in den Ausschüssen. Fünf Jahre, in denen wir uns eingearbeitet haben – zugegeben, mal mit mehr, mal mit weniger Erfolg.

In der Kommunalpolitik sind häufig nicht Grundsätze und Weltanschauungen das Tehma, sondern Sachfragen und praktische Ideen. Aber oft geht es auch um das Große im Kleinen: Als LINKE haben wir immer darauf bestanden, dass Aufträge nur dann vergeben werden, wenn die Auftragnehmer faire Löhne und Gehälter bezahlen. Wir waren immer gegen „Outsourcen“ und Privatisieren – weil dadurch die Mitarbeiter weniger verdienen und die Leistungen regelmäßig schlechter werden. Wir haben – bisher erfolglos – gefordert, dass die Kreissparkasse Neuwied, die skandalös hohen Überziehungszinsen für Dispositionskredite senkt. Alle anderen im Kreistag waren dagegen.

Wir haben einen Antrag eingebracht, damit der Schulbus für Schüler weiterführender Schulen endlich genauso kostenlos ist wie für die Schüler der Sekundarstufe I.
Als LINKE haben wir ein Genossenschaftskonzept für die Stromversorgung im Kreis und die Übernahme des Netzes in ein öffentlich-rechtliches Versorgungsunternehmen präsentiert. Wir haben bis zur letzten Sitzung des Kreistages dafür gekämpft, dass die Beiträge für die noch beitragspflichtigen KiTa-Kinder endlich nach fairen Bedingungen gestaffelt werden und Eltern, die gut verdienen, angemessen zur Kasse gebeten werden.
Und wir haben an vielen weiteren kleineren und größeren Debatten teilgenommen und die Interessen der Menschen eingebracht, die uns vor fünf Jahren ihr Vertrauen geschenkt haben. Noch ist längst nicht alles erledigt, was wir gerne umgesetzt hätten. Aber ein Anfang ist gemacht und DIE LINKE ist eine Bereicherung der politischen Szene in unserem Kreis.

Gesellschaft

3.1. Jugend

Jugend braucht Raum. Jugendliche werden noch immer oft als Problem empfunden: sie feierten laute Parties, stünden im Bus nicht auf - und arbeiten wollten die meisten von ihnen auch nicht.
Das ist natürlich hanebüchener Unsinn.
Wer mit Jugendlichen zu tun hat, weiß: Jugendliche interessieren sich für ihre Umwelt, sie basteln an der eigenen Identität und sie wollen ihren Platz in der Gesellschaft finden. Dabei wird ihnen aber kaum geholfen: der Kreis Neuwied bietet in Sachen Jugendarbeit und Entfaltungsmöglichkeiten ein trauriges Bild. Noch immer ist das **Jugendzentrum** in Neuwied nicht gebaut, in der Fläche unseres Kreises sind wir noch nicht einmal so weit, über Jugendzentren zu streiten: Jugendliche können sich nirgendwo treffen, ohne auf kommerzielle Angebote wie Discos, Kneipen oder Kinos zurückgreifen zu müssen.
Wir wollen vor Ort eine flächendeckende Struktur von Jugend-Treffpunkten sicherstellen, wo möglich in selbstverwalteter, öffentlich-rechtlich unterstützter Form. Offene Jugendarbeitsangebote bieten Jugendlichen einen nicht-kommerziellen Begegnungsort mit sinnvoller Freizeitgestaltung und der Möglichkeit zu Eigeninitiative und sozialem Engagement. Im Rahmen der präventiven Jugendhilfe werden Jugend-Treffpunkte zu einem unverzichtbaren Bestandteil der kommunalen Infrastruktur und sollen dementsprechend bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt werden.

Verantwortungsbewusstsein lernen. Jugend-Treffpunkte können von den Jugendlichen selbst verwaltet und gestaltet werden. Die Jugendlichen dürfen und sollen selbstständig Projekte und Ideen zur Freizeitplanung erarbeiten und einbringen. Auch die Einrichtungsgestaltung soll von den Jugendlichen selbst übernommen werden. Der Jugendtreff soll ein Ort sein, der die jugendkulturelle Entfaltung verschiedener Jugendszenen ermöglicht und fördert. Jugendtreffpunkte sind kein Gnadenakt der Älteren: DIE LINKE setzt sich dafür ein, Jugendlichen selbstbestimmte Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten. Angebote für junge Menschen müssen gerade nicht fertig ausformuliert und geplant, sie müssen offen und durch Jugendliche gestaltbar sein und ihnen das Festlegen eigener Ziele und das Arbeiten an eigenen Erfolgserlebnissen ermöglichen.

Dafür stellt der jeweilige Träger den Jugendlichen Räume und ausreichend Material für ihre Aktivitäten zur Verfügung. Die Jugendlichen haben die Möglichkeit, durch Veranstaltungen,

Getränkeverkauf und Sponsoring selbst finanzielle Mittel zu erwirtschaften und über deren Verwendung zu entscheiden. Bildungs- und Freizeitmaßnahmen sollen über entsprechende Zuschüsse des Kreises finanziert werden. Eine Teilnahme an Aktivitäten im Jugendzentrum darf nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängig sein.

Teilnahme darf auch nicht praktisch unmöglich sein, denn zu den Angeboten müssen Jugendliche erst einmal hin- und wieder wegkommen: Bus und Bahn lassen junge Menschen aber leider oft im Regen stehen. Oder hat irgend jemand schon einmal davon gehört, dass die Party zum 16. Geburtstag um 19 Uhr endet – weil dann der letzte Bus fährt?!
Nach wie vor ein Thema sind **Proberäume** für Musikgruppen – oder für andere gemeinschaftliche Projekte Jugendlicher. Die Gemeinden und die Städte im Kreis Neuwied stellen Jugendlichen kostenlos Räume zur Verfügung, in denen sie mit ihren Bands proben oder andere Projekte verwirklichen können. Es ist wichtig, jungen Menschen Räume zu bieten, in denen ihre Talente gefördert werden und ihre Kreativität sich entfalten kann. Standort und Ausstattung der Räume sollten so ausgewählt werden, dass Anwohner sich nicht gestört fühlen und die geplanten Aktivitäten nicht eingeschränkt werden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Städte und Gemeinden im Kreis attraktiver für junge Menschen zu gestalten. Es werden Veranstaltungen und Konzerte unterstützt. Dafür müssen kostengünstig Räume und Plätze zur Verfügung gestellt werden. Außerdem brauchen Jugendliche ausreichend Möglichkeiten, Säle anzumieten - beispielsweise um Abschlussfeiern von Schulklassen ausrichten zu können. Die Zusammenarbeit mit Vereinen und anderen bestehenden Organisationen soll gezielt gestärkt werden.

Jugendbeiräte einrichten - Mitsprache ermöglichen und stärken. Die politischen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche müssen gestärkt und ausgebaut werden. Wir fordern daher für alle Verbandsgemeinden einen Jugendbeirat mit Antragsrecht in den jeweiligen Kommunalparlamenten. Dieser Jugendbeirat muss von den Jugendlichen selbst besetzt und gewählt werden. Das Interesse an einem solchen Beirat zeigten die vielen Bewerber/innen für den Jugendbeirat in der Stadt Neuwied. Der Erfolg des Jugendbeirates in einigen Punkten beweist, dass Veränderungen möglich sind und dass Handlungsbedarf besteht. Er ist außerdem ein wichtiger Beitrag, um Demokratie für junge Menschen erlebbar zu machen und der Politikverdrossenheit vorzubeugen. DIE LINKE schlägt weiter vor, auf Kreisebene einen Jugendbeirat zu installieren, der die Jugendlichen an der Diskussion und Entscheidungsfindung im Kreistag beteiligt. Notwendig ist auch hier ein Antrags- und Rederecht. Das Motto lautet: Mit den Betroffenen reden – nicht über sie!

Kreisausbildungspakt schaffen. Die betriebliche Ausbildung ist gerade auch in unserem Kreis ein wesentlicher Baustein, jungen Menschen das Hineinwachsen in unsere Gesellschaft zu ermöglichen. Leider ist im Kreis Neuwied die Suche nach einer Lehrstelle immer noch sehr schwierig. Die Kreisverwaltung und der Kreistag müssen deshalb einen Kreisausbildungspakt angehen: viele Betriebe sind ausbildungswillig, aber sie fürchten bürokratische Hemmschuhe oder die negative Entwicklung ihres Geschäftes. Verwaltung und Politik müssen alle nur denkbaren Brücken bauen, um solche Unternehmen zur Einrichtung von Ausbildungsplätzen zu bewegen. Firmen, die öffentliche Mittel in Anspruch nehmen oder öffentliche Aufträge erfüllen wollen, müssen ihre besondere Verpflichtung zur Ausbildung auch tatsächlich erfüllen.

Jugendkriminalität bekämpfen. Gewaltkriminalität ist immer wieder eines der Stichworte, die im Zusammenhang mit Jugend fällt – obwohl die Statistik in Wahrheit sinkende Zahlen dokumentiert. Schlagzeilenträchtige Einzelfälle beherrschen die Wahrnehmung besonders der Erwachsenen. Und: Es sind vor allem Jugendliche selber, die zu Opfern von Jugendkriminalität werden. Sehr viele solcher Gewalt- und Eigentumsdelikte tauchen in keiner Statistik auf, die Aufklärungsquote ist immer noch gering. Aber auch Jugendliche haben das Recht auf ein gewaltfreies Leben, auf körperliche und seelische Unbeschadetheit.
Um Gewalt und Mobbing in den Schulbussen oder an Haltestellen zu verringern, beauftragt der Landkreis die Schulen, Arbeitsgemeinschaften für Streitschlichter zu gründen. Dort können Schülerinnen und Schüler einen Kurs absolvieren, der sie zur Lösung von Konflikten zwischen Schülern ausbildet. Dieser Kurs wird als besondere Kenntnis auf dem Schulzeugnis vermerkt. Die Streitschlichter sind außerdem Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche, die Gewalt und Mobbing ausgesetzt sind. Betroffene können sich bei Problemen an diese gleichaltrigen oder älteren Schüler wenden.
Jugendkriminalität ist nicht zuerst ein Thema für die Polizei. Vielmehr sind Streitschlichter und eingreifende und vorbeugende Sozialarbeit die Lösungsansätze, die Erfolge versprechen. Sicher ist in besonders krassen Fällen auch die Anwendung des Strafrechtes bis hin zu Haftstrafen für jugendliche Gewalttäter geboten – aber genauso richtig ist, dass alle ernstzunehmenden Untersuchungen bestätigen: Haftanstalten machen aus jugendlichen Kriminellen erst die wirklich schweren Jungs. Engagierte Jugendarbeit dagegen verhindert Gewalt und Kriminalität bevor sie entstehen.

Ein wichtiger Baustein der Prävention ist die Schulsozialarbeit, für deren Erhalt wir auch in den kommenden fünf Jahren kämpfen werden. Das von allen Fachleuten als erfolgreich betrachtete Projekt darf nicht nur deswegen gefährdet werden, weil dem Kreis 200.000 Euro fehlen, dieses Projekt fortzusetzen.

3.2. Senioren

Lebenswertes Alter. Die Altersstruktur der Bevölkerung im Kreis Neuwied ändert sich: In Zukunft werden mehr ältere Menschen ihre Rechte hinsichtlich Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einfordern. Ebenso wie für Jugendliche müssen deshalb für selbst- oder vereinsorganisierte Seniorentreffs Räume bereitgestellt werden.
Die gesellschaftliche und berufliche Erfahrung älterer Menschen, ihre Bereitschaft, sich für das Gemeinwohl einzusetzen und ihre häufig große Freude an ehrenamtlichen Tätigkeiten müssen genutzt und gestärkt werden, ohne dass dies auf Kosten regulärer, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung geht. DIE LINKE wird deshalb dafür eintreten, dass die Seniorenbeauftragte regelmäßig im Kreistag berichtet, wie es um die älteren Menschen im Kreis steht.

Auch auf Kreisebene müssen flexible Antworten für die steigenden Anforderungen an **Betreuung, Gesundheitsfürsorge und Pflege** gefunden werden. Noch sind die Gemeinden dafür schlecht aufgestellt. Der jüngst vorgestellte Pflegestrukturplan des zuständigen Beigeordneten Udo Franz kommt über eine – in vielen Teilen richtige und sinnvolle – Zustandsbeschreibung allerdings nicht hinaus. Wir brauchen aber Konzepte, wie bei einem stark wachsenden Anteil ärmerer und armer alter Menschen ein würdevoller Lebensabend und vor allem eine humane Pflege sichergestellt werden können. Hierzu gibt der Pflegestrukturplan überhaupt keine umsetzbaren Antworten – daran werden wir arbeiten.

Der Kreis Neuwied muss künftig flächendeckend der Entwicklung entgegenwirken, dass immer weniger Ärzte auf dem „flachen Land“ immer mehr Patienten versorgen müssen. DIE LINKE fordert, der „Arztflucht“ durch ein koordiniertes Anreizprogramm für junge Ärzte entgegen zu treten und deren Niederlassung wirksam zu fördern: die wohnortnahe medizinische Versorgung der Bevölkerung ist zentrales Anliegen kommunaler Gesundheitspolitik. Die Gesundheitsbehörden müssen dem Kreistag über die weitere Entwicklung regelmäßig Bericht erstatten. Vor allem die öffentlichen Gesundheitsdienste müssen auf eine ausreichende medizinische Grundversorgung ausgerichtet werden und auch hier neue soziale Zuspitzungen – z.B. durch die steigende Altersarmut – berücksichtigen.

Neuwied-Pass einführen. Mit den in den letzten Jahren von SPD und CDU auf Bundesebene beschlossenen Sozialkürzungen und dem Renteneintritt langjährig arbeitsloser Menschen kommen ganz neue Herausforderungen in der Bekämpfung von Altersarmut auf uns zu. Für Seniorinnen und Senioren mit geringen Renten fordern wir – genau wie für alle Menschen mit Einkommen an der Armutsgrenze - die Einführung eines Neuwied-Passes. Dieser Neuwied-Pass soll die Teilhabe am soziokulturellen Leben der Gemeinden ermöglichen und gewährt deshalb Vergünstigungen beim Eintritt in Museen, zu Konzerten, Ausstellungen, Schwimmbädern und anderen öffentlichen Einrichtungen. Hierbei sind Kooperationen mit privaten Trägern und Betreibern solcher Einrichtungen anzustreben. Der Neuwied-Pass erlaubt die kostenfreie Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs und berechtigt im Verkehrsverbund zu ermäßigten Fahrpreisen. Die Nutzung von Büchereien, Bibliotheken und Volkshochschulen ist für Neuwied-Passinhaber kostenfrei. Der Neuwied-Pass ist so zu organisieren, dass eine Anrechnung auf andere soziale Leistungen ausgeschlossen ist.

Gleichzeitig mit der zunehmenden Altersarmut verstärkt sich die Tendenz, dass finanziell gut situierte Seniorinnen und Senioren durch die steigende Lebenserwartung sehr viel länger aktiv bleiben und ein Kultur- und Freizeitangebot erwarten, das es bisher nicht gibt. Seniorenpolitik ist damit vielschichtiger und facettenreicher als in früheren Zeiten. Hierfür müssen Antworten gefunden werden, die über das begrüßenswerte Engagement von Vereinen, privaten Gruppen und der Kirchen hinausgehen - will der Kreis nicht neben dem Wegzug junger, gut ausgebildeter Menschen auch dem Wegzug wirtschaftlich leistungsfähiger Seniorinnen und Senioren tatenlos zusehen. Im Kreis wollen wir deshalb die bisher nur in Ansätzen erkennbare Förderung von Mehrgenerationenhäusern und Senioren-Wohngemeinschaften fördern.

Mobilität sichern. Mobilität ist gerade in unserem großflächigen Kreisgebiet für ältere Menschen ein entscheidender Aspekt. Wer einerseits von Älteren erwartet, dass sie bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen freiwillig den Führerschein abgeben, muss andererseits für eine akzeptable Erschließung auch kleinerer Orte durch den Öffentlichen Nahverkehr sorgen. Hierzu sind alle denkbaren Konzepte und die Erfahrungen anderer Kreise und Gemeinden zu nutzen – ein Beispiel sind die in Mecklenburg und Thüringen realisierten kommunalen Verkehrskonzepte. Einer weiteren Ausdünnung des Öffentlichen Personennahverkehrs werden wir nicht zustimmen.

Für Senioren mit eingeschränkter Mobilität muss ein Mobilitätskonzept erarbeitet werden: dabei sollen Hindernisse wie zu hohe Bordsteine im Bereich von Zebrastreifen erkannt und umgebaut werden, um eine Querung mit Rollstuhl oder Rollator zu ermöglichen.
Dringend bedarf es der Unterstützung und Hilfe bei Einkäufen des täglichen Bedarfs, Arztfahrten und gemeinsamen kulturellen und freizeitlichen Aktivitäten. Öffentliche Fahrdienste zu

kulturellen Veranstaltungen sind in Zusammenarbeit mit Vereinen und anderen Organisationen auch unter Einbeziehung privater und ehrenamtlicher Unterstützung zu organisieren
.
Bei der Planung stationärer Altenpflegeplätze sollte die Unterbringung im Einzelzimmer Standard sein. Eine Unterbringung im Zwei- oder Mehrbettzimmer sollte nur auf besonderen Wunsch stattfinden. Die Einbeziehung der Altenheime in das kommunale Leben ist zu verstärken, um Ausgrenzung zu vermeiden und die Integration von Senioren in das gesellschaftliche Leben des Kreises Neuwied zu fördern. Dies betrifft insbesondere auch die Wahl der Standorte für Seniorenheime.

DIE LINKE fordert den Kreistag und die Kreisverwaltung auf, alle denkbaren Schritte zu unternehmen, um wirtschaftliche Altersdiskriminierung zu unterbinden. Banken und Sparkassen haben neuerdings in ihren internen Kreditrichtlinien Altersgrenzen eingeführt: ältere Menschen bekommen immer schwieriger Kredite. Insbesondere im Verwaltungsrat der Sparkasse Neuwied ist darauf hinzuwirken, dass diese Benachteiligung beendet wird.

In den Schwimmbädern des Kreises sollten gesonderte Öffnungszeit für Seniorenschwimmen eingeplant werden. Warmbadetage sind, sinnvollerweise in Koordination mit dem Säuglingsschwimmen, einzurichten.

3.3. Soziale Gerechtigkeit

Original Sozial. Die ARGE des Landkreises mit ihren vier „Job-Centern“ in Neuwied, Linz, Puderbach und Asbach ist unter vielen Betroffenen berühmt-berüchtigt. Sie gilt als eine der unfreundlichsten im Land, als wenig serviceorientiert und unterstützend und als ausgesprochen rigoros bei der Verhängung von Sanktionen. Die menschenunwürdigen HARTZ IV-Bestimmungen werden hart ausgelegt und angewandt. Mit dieser Praxis wollen wir Schluss machen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen angeleitet werden, ihren Ermessensspielraum zu nutzen, um die Gesetze nicht gegen, sondern für die Betroffenen anzuwenden.

Wir können Bundesgesetze nicht in unserem Landkreis abschaffen. Das wäre ungesetzlich. Doch wir können im Alltags-Handeln bei den Job-Centern deutlich machen, dass diese Gesetze nicht unserem Menschenbild entsprechen und deshalb politisch nicht gewünscht werden. Die Zahl der Klagen gegen die zahlreichen fehlerhaften Bescheide wird deutlich zurückgehen, wenn korrekt-kulante und nicht rigoros-falsche Bescheide erstellt werden. Zur Unterstützung aller Betroffenen wollen wir deshalb auf Kreisebene eine kostenlose Rechtsberatung eingeführt, die von unabhängiger Seite erfolgt. Zu diesem Zweck können auch bereits bestehende, dezentrale Beratungsangebote unterstützt werden.

Armut macht schwanger. Seit Einführung der Hartz-IV-Gesetze berichten Frauenberatungsstellen bundesweit über einen Anstieg ungewollter Schwangerschaften. Der Hintergrund: Ab 21 Jahren werden bei Hartz-IV-Berechtigten die Kosten für Verhütung nicht mehr erstattet. Die Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch werden hingegen übernommen, sofern die betroffene Frau diese Kosten nicht selber tragen kann. DIE LINKE hält dies für die falsche Lösung – Verhütung muss unabhängig vom Geldbeutel möglich sein: DIE LINKE fordert deshalb

den Kreis Neuwied auf, im Rahmen freiwilliger Leistungen Geld zur Verfügung stellen, damit wirksame Schwangerschaftsverhütung nicht aufgrund von Armut unterbleibt.

Gute Arbeit für alle. In Neuwied müssen die vorhandenen Arbeitsplätze gesichert und Rahmenbedingungen für neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden. Bürgerarbeit ist für uns keine Alternative. DIE LINKE hat dieses Nachfolgekonzept der Ein-Euro-Jobs immer kategorisch abgelehnt. Dass diese Stellen wegen weitgehender Erfolglosigkeit bei der Vermittlung in reguläre Beschäftigung nun auslaufen, bestätigt uns in unserer damaligen Einschätzung. Allerdings werden langzeitarbeitslose Menschen nun völlig allein gelassen. Das ist menschenunwürdig und wir setzen und deshalb für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor ein. DIE LINKE unterstützt die gewerkschaftlichen Forderungen: **Gute Arbeit für alle.**

Wir werden wieder soziale Fragen auf die politische Tagesordnung des Kreises setzen. DIE LINKE als Partei der „kleinen Leute" streitet für soziale Gerechtigkeit und eine bessere Gesellschaft, verteidigt die Bürgerrechte und will demokratische Rechte auch finanziell schlechter gestellter Menschen ausbauen. DIE LINKE achtet die Gleichheit aller vor dem Gesetz und strebt Gleichberechtigung auf allen Ebenen an.

3.4. Bildung

Bildung ist ein elementares Menschenrecht. Bildung ist die Voraussetzung für beruflichen Erfolg. Wir alle wissen: Unser Land ist rohstoffarm. Unser Rohstoff heißt Bildung. Doch im Land der Dichter und Denker fehlt es bei der Bildung an jeder Ecke. Der Kreis Neuwied hat – trotz der grundsätzlichen Zuständigkeit des Landes - über die Schulträgerschaft zumindest gestalterische Einflussmöglichkeiten auf die Schulpolitik. Diese Spielräume müssen wir nutzen: DIE LINKE unterstützt deshalb die Einführung der „Realschule Plus" in der integrativen Form als ersten richtigen Schritt hin zu längerem gemeinsamen Lernen. Wir sind überzeugt, dass sich mittelfristig auch in Rheinland-Pfalz die Erkenntnis durchsetzen wird: Gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse nützt allen Schülerinnen und Schülern – den schwächeren genauso wie den stärkeren. Deswegen sind schon heute die Voraussetzungen zu schaffen, um ein solches künftig absehbares Schulkonzept schnell umzusetzen.

DIE LINKE fordert die Umwandlung der Regionalschule Unkel in eine Integrierte Gesamtschule. Ebenso sollten in Neuwied, Dierdorf und Asbach Integrierte Gymnasien entstehen. An allen Schulen sollte schrittweise zum Ganztagsbetrieb übergegangen werden, was auch die Bereitstellung gesunder und für finanziell bedürftige Schüler kostenlose Mittagessen einschließt.

DIE LINKE begrüßt das Angebot von Ganztagsbetreuung in den vielen Grundschulen unseres Kreises. Allerdings lässt die Qualität der Betreuung erheblich zu wünschen übrig: Den Schulen steht viel zu wenig Geld zur Beschäftigung ausgebildeter Betreuerinnen und Betreuer zur Verfügung. Hier wäre einer der vielen Ansatzpunkte für ehrenamtliches Engagement älterer Menschen: Pensionierte Lehrer, Erzieherinnen und verwandte Berufsgruppen müssen gezielt für ein solches Engagement geworben werden.

Wir begrüßen die von der Bundesregierung eingeführte Schulmittel-Pauschale von 100 Euro für finanziell bedürftige Schülerinnen und Schüler. Wir fordern die Landesregierung auf, endlich eine wirkliche Lernmittelfreiheit zu garantieren: Auch im Kreis Neuwied berichten immer

mehr Lehrer, dass Schülerinnen und Schüler aus finanzieller Not nicht alle Schulbücher besitzen und ohne oder mit unvollständigen Arbeitsmaterialien unterrichtet werden müssen. Die Landesregierung wird aufgefordert, für Abhilfe zu sorgen und dafür Finanzierungsvorschläge zu machen. DIE LINKE wird im Kreistag Initiativen entwickeln, die die Landesregierung zur Einstellung neuer Lehrer auffordert, um die Klassengrößen schrittweise zu verringern und eine stärkere individuelle Förderung zu ermöglichen.

Öffentliche geförderte Nachhilfe. Der private Nachhilfesektor ist eine boomende Branche und sorgt für eine schleichende Privatisierung der Bildung. Aufgrund von mangelnden Investitionen in Bildung, hohem Leistungsdruck auf die Schülerinnen und Schüler und häufigem Unterrichtsausfall ist die private Nachhilfe immer mehr gefragt.

Durch Privatisierung wird die Chancenungleichheit in der Bildung größer, der Zugang zu weiterführenden Bildungsangeboten wird immer mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Ehrenamtliche Angebote reichen leider nicht aus, um das Problem zu beheben. Einzelunterricht kostet zurzeit bei einem privaten Anbieter pro 45 Minuten zwischen 18 und 45 Euro, für Hartz-IV-Empfänger, Geringverdiener und Alleinerziehende sind diese Preise nicht zu bezahlen. Der Hartz-IV-Satz für Kinder beinhaltet keine Ausgaben für Bildung, lediglich 1,63 Euro im Monat sind für Schulmaterialien vorgesehen.

Der Kreis Neuwied muss Nachhilfe für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche fördern. Diese Förderung darf aber nicht zur Subvention von privaten Anbietern führen, da diese die Privatisierung und damit die Abhängigkeit der Bildungschancen vom Geldbeutel der Eltern vorantreiben würde. Aus diesem Grund fordert DIE LINKE, ein eigenes öffentlich-rechtliches Nachhilfeangebot für Bedürftige zu schaffen. Dort werden Kinder mit besonderen Defiziten professionell betreut. Über den jeweiligen Klassenlehrer kann eine Empfehlung zur Förderung eingeholt werden.

Bildung darf keine Frage des Geldbeutels sein. Kinder können nichts dafür, wenn ihre Eltern finanziell nicht auf Rosen gebettet sind. Deswegen muss das Kopiergeld abgeschafft und die Zahl der kostenlosen Kopien pro Klasse erhöht werden. Schulliteratur sollte grundsätzlich zentral beschafft und dann für mehrere Klassen genutzt werden. Das Mittagessen bei Ganztagsangeboten muss für finanziell schlechter gestellte Schülerinnen und Schüler kostenlos sein. Dabei ist darauf zu achten, dass bei der Essensausgabe nicht erkennbar ist, wer ein kostenloses Mittagessen in Anspruch nimmt und wer nicht.

Internet ist Zukunft. Der Landkreis Neuwied stellt den Schülerinnen und Schülern an den Schulen Interneträume zur Verfügung. Diese müssen regelmäßig für bestimmte Zeiten kostenlos nutzbar sein. Das Internet ist heute unverzichtbar geworden, wenn es um die Recherche von Informationen zum Schulunterricht geht. Kinder und Jugendliche aus ärmeren Familien, die sich keinen Internetzugang leisten können, dürfen keinen Nachteil gegenüber anderen Schülern haben. Der Internetraum wird von Aufsichtspersonen betreut, die den Kindern und Jugendlichen Fragen zum Umgang mit dem Internet beantworten können und Anleitung für die sinnvolle Nutzung geben.

Schulwege und Schulbeginn. Die Mehrzahl der Schülerinnen und Schüler im Kreis Neuwied ist für den Weg zur Schule auf den Bus angewiesen. Das kostenlose Schulbusticket ist deshalb unter allen Umständen zu sichern. Für viele Kinder sind aber die Fahrzeiten zu lang.

Grundschüler, die für die einfache Strecke bis zu einer Stunde Fahrzeit im Bus verbringen, müssen bereits vor sieben Uhr an der Bushaltestelle stehen. Dies ist mit wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Leistungsfähigkeit von Kindern nicht zu vereinbaren. Deswegen sollte neben einer Verkürzung der Fahrzeiten auf maximal 30 Minuten auch die Frage des Schulbeginns geprüft werden.

Lebenslanges Lernen fördern. Um den Zugang zu Bildungsangeboten der Volkshochschule für alle zu ermöglichen, fordert DIE LINKE für Erwerbslose, Geringverdiener, Bezieher der Grundsicherung und Schülerinnen und Schüler pro Jahr einen gebührenfreien Kurs in der Volkshochschule.

Projekte gegen Rechtsextremismus. DIE LINKE fordert mindestens eine Unterrichtseinheit bzw. einen Projekttag zum Thema Rechtsextremismus in der 8. Klasse an allen Schulen. Dieser Unterricht soll sich hauptsächlich mit dem heutigen Rechtsextremismus auseinander setzen. Die Schüler sollen über die Ziele und Arbeitsweise von rechtsradikalen Parteien und Organisationen aufgeklärt werden. Außerdem wird eine Argumentationshilfe erstellt und Auskunft darüber gegeben, wo sich die Jugendlichen Hilfe zu dem Thema einholen können.

Kindertagesstätten, Horte, Kindergärten. Der Kreis Neuwied hat in den vergangenen Jahren ein beträchtliches Angebot der Kinderbetreuung in Tagesstätten, Horten und Kindergärten aufgebaut oder unterstützt. Dies ist für die Zukunft insbesondere hinsichtlich der Betreuungszeiten verstärkt auszubauen. Vor allem junge Familien sind in den heutigen Zeiten des wirtschaftlich notwendigen Doppelverdienens auf solche Angebote angewiesen. Neben der Finanzierung der üblichen Einrichtungen sind deshalb bei Bedarf auch Einrichtungen wie Elterninitiativen, Nachbarschaftshilfen und Waldkindergärten zu fördern.

3.5. Migranten und Asyl

Integration ist Gewinn für alle. Im Kreis Neuwied leben 12.600 Menschen ohne deutschen Pass. Aber viele Bürgerinnen und Bürger wollen immer noch nicht wahr haben, dass Deutschland ein Zuwanderland ist. Beiden Tatsachen muss die Politik endlich Rechnung tragen und aktiv werden – sowohl in den einzelnen Städten und Gemeinden als auch im und durch den Kreis. DIE LINKE sieht die Integration der hier dauerhaft lebenden Menschen mit ausländischem Pass als dringende und vorrangige Aufgabe.

Die Kommunen sind zuständig für die Unterbringung von Flüchtlingen. Bisher wurden diese im Kreis Neuwied vor allem in die teilweise menschenunwürdige Gemeinschaftsunterkunft in der Hafenstraße „verbracht“. Sprache ist verräterisch: Es geht nicht um „Verbringung“, sondern um die Chance, nach Not und Vertreibung ein neues Leben zu beginnen. Vergessen wir nicht: Nach dem 2. Weltkrieg waren auch viele Neuwieder Flüchtlinge. Unterkünfte wie in Neuwied endlich zu sanieren, war eines der wichtigen Anliegen unserer Fraktion. Dies geschieht mittlerweile, nun gilt es zur dezentralen Wohnversorgung überzugehen, damit Integration auch praktisch möglich wird.

Flüchtlingen wird bis heute nur eine medizinische Grundversorgung gewährt, was wir nicht hinnehmen wollen. Eine adäquate medizinische Behandlung im Krankheitsfall, sowie gesundheitsvorsorgende Maßnahmen wie Impfungen sind ein Grundrecht – für jeden Menschen, unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus.

UN-Kinderkonvention umsetzen. Ein besonderer Skandal ist der gegenwärtige Umgang mit Flüchtlingskindern, denen zugemutet wird, in großer Unsicherheit hinsichtlich ihrer Zukunft zu leben. Sie sind oft von ihren Familien getrennt, haben traumatische Kriegs- und Fluchterfahrungen und sind nicht kindgerecht versorgt. Sie werden bereits mit 16 Jahren im Asylverfahren wie Erwachsene behandelt, obwohl nach der „Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes“ als Kind gilt, wer das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Minderjährige Flüchtlinge haben ein Recht auf den Schulbesuch und bedürfen besonderer Förderung. DIE LINKE wird im Kreistag darauf bestehen, dass diesen Anforderungen Rechnung getragen wird.

Die länger in unserem Land lebenden Migrantinnen und Migranten, sowie ihre in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Kinder und Enkel werden, im Gegensatz zur Praxis in anderen europäischen Ländern, diskriminiert. Eine aktive Integrationspolitik hat bislang allenfalls in Ansätzen stattgefunden und war zumeist vom Gedanken der Anpassung getragen. Für einen dauerhaften Zusammenhalt aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft in einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft ist mehr nötig. Wir wollen Zuwanderung zu einem Gewinn für alle machen: das bedeutet, voneinander Lernen und aufeinander zugehen. Gerade Neuwied ist mit seiner langen Geschichte religiöser Toleranz ein Beispiel: Gemeinsam schaffen wir mehr! Wir als LINKE im Kreis Neuwied wollen dafür streiten, die Situation der Migrantinnen und Migranten im Rahmen der kommunalen Zuständigkeiten zu verbessern. Dabei ist ein entscheidender Faktor, Ausländerinnen und Ausländer dazu zu ermutigen, sich auf die deutsche Kultur einzulassen und die deutsche Sprache zu erlernen. Hierfür gilt es Angebote zu schaffen und die Bereitschaft vieler Bürgerinnen und Bürger, sich in diesem Bereich zu engagieren, zu stärken und zu koordinieren.

Kommunales Wahlrecht für ausländische Bürger. Jahrzehntelange Benachteiligung und Diskriminierung haben hier für große Vorbehalte gesorgt: Gerade Jugendliche und Frauen sind deshalb die Zielgruppen, die wir ansprechen und erreichen müssen. DIE LINKE ist deshalb auch für eine stärkere Beteiligung von Migrantinnen und Migranten an der politischen Willensbildung und setzt sich für das kommunale Wahlrecht aller hier lebenden Menschen ein: Wer schon lange in Deutschland lebt, soll politisch mitentscheiden – unabhängig von seinem Pass. Wir suchen die aktive Zusammenarbeit mit Menschen mit Migrationhintergrund und allen Organisationen, die sich das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft zur Aufgabe gemacht haben.

Wir fordern daher:

- Bekämpfung jeder Art von Diskriminierung
- Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Menschen die hier ihren Lebensmittelpunkt haben.

Der Diskriminierung von Menschen aufgrund der Hautfarbe, der ethnischen, nationalen oder der sozialen Herkunft, des Geschlechts, der Sprache, der Religionszugehörigkeit oder politischen Überzeugung muss präventiv und aktiv entgegengewirkt werden. Dies ist eine elemen-

tare Forderung des Grundgesetzes, auf die wir stolz sind und die wir mit Leben erfüllen wollen.

Dem Rassismus keine Chance. Viele Kreise in Rheinland-Pfalz werden zunehmend Aktionsgebiet für die neuen Nazis. Leider sind rechtsextreme Gruppen auch im Kreis Neuwied aktiv. Wir wollen den Menschenhassern gemeinsam mit allen demokratisch gesinnten Menschen und Organisationen entgegentreten: Rassismus und Faschismus sind keine tolerierbaren Meinungen, sondern sie sind ein Verbrechen. Deswegen wollen wir den Aufbau einer kreisweiten Informations- und Beratungsstelle gegen Rechts. Wir werden uns auch künftig an allen Aktivitäten beteiligen, die Rassismus und Faschismus wirksam und friedlich entgegen treten.

3.6. Verkehr

Mobilität sichern. Mobilität ist eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Leider ist diese Mobilität im Kreis Neuwied, wie in vielen Flächenkreisen, vor allem vom Geldbeutel abhängig: ohne Auto ist Mobilität in vielen Gemeinden nur ein Wunschtraum. DIE LINKE fordert deshalb den flächendeckenden Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs und die Verdichtung des Taktes: „Morgens ein Bus raus und abends einer rein“ reicht nicht aus!
DIE LINKE fordert die Einführung des Neuwied-Passes mit Gültigkeit für den Öffentlichen Nahverkehr, um finanziell schlechter gestellten Menschen die kostenlose Nutzung zu ermöglichen. Grundsätzlich müssen die Tarife so gestaltet werden, dass ein nachhaltiger Anreiz zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel gesetzt wird. Perspektivisch wollen wir zum Öffentlichen Nahverkehr im Umlageverfahren: Alle Bewohner des Kreises beteiligen sich mit einer monatlichen Nahverkehrsgebühr in überschaubarer Höhe und können dafür die Busse ohne Fahrschein nutzen.

S- und Stadtbahnnetz organisieren. Nach wie vor jedoch gibt es kein eigenständiges S-Bahn- und Stadtbahn-Netz im Großraum Koblenz-Montabaur-Mayen-Neuwied, so wie es Verkehrsexperten seit Jahren fordern. Auf der Basis der weitgehend vorhandenen Eisenbahn-Infrastruktur kann für einen vergleichsweise geringen Investitionsbetrag ein regionales S-Bahn-Netz geschaffen werden. Es ist die Aufgabe des Landkreises, dieses Konzept im Rahmen des Schienen-Personen-Nahverkehrs Nord zusammen mit allen betroffenen Städten und Gemeinden voranzutreiben. Der Haltepunkte „Neue Mitte“ in Neuwied ist dabei ein – begrüßenswerter – erster Schritt.
Wie realistisch diese Forderung ist, zeigen die Erfolge, die bislang – auch durch unser mehrjähriges Dazutun – errungen wurden. Die Holzbachtalstrecke wurde für den Güterverkehr ab Selters in Richtung Altenkirchen wieder in Betrieb genommen. Dies sichert schon heute Arbeitsplätze. Unsere Forderung lautet, die Holzbachtalstrecke auch in Richtung Montabaur wieder befahrbar zu machen. Damit könnten viele tausend Pendler auf den ICE ausweichen, anstatt auf der A3 zur Arbeit zu fahren.

Die Brexbachtalstrecke wird endlich genutzt, wenn auch vorerst nur für den Wochenend-Tourismus. Sie kann auch für den Personennahverkehr zwischen Neuwied und Montabaur wieder in Betrieb genommen werden, ohne die Anwohner zu belasten. Das Gutachten des Landes zu

den Kosten der Reaktivierung („unbezahlbar, 20 Millionen usw.“) hat sich als das erwiesen, was DIE LINKE schon immer darin gesehen hat: Ein Gefälligkeitsgutachten mit dem Ziel, die Wiederinbetriebnahme zu verhindern.

DIE LINKE beteiligt sich seit geraumer Zeit an den Demonstrationen für ein leises Rheintal und ist einer Bürgerinitiative gegen Bahnlärm beigetreten. Wir werden weiter an der Seite der Menschen stehen, wenn es darum geht, den unerträglichen Bahnlärm zu bekämpfen. Die Gesundheit der Anwohnerinnen und Anwohner hat Vorrang vor den Gewinninteressen der Deutschen Bahn und privater Anbieter.

Mehr Haltestellen für attraktiven Nahverkehr. Die Zahl der Bahn-Haltestellen für den Nahverkehr muss deutlich erhöht werden. Dies gilt für den 1/2-Stunden-Takt für Erpel, Rheinbrohl, insbesondere Rheinbreitbach benötigt einen eigenen Haltepunkt.

Die Bus-Preise sind zu hoch, viele Busse überbesetzt. Die Ursache: Hinter der Fassade des Verkehrsverbundes Rhein-Mosel steht letztlich eine Ansammlung privater Busunternehmer, die ihre Busse möglichst gewinnbringend einsetzen. Deshalb treten wir dafür ein, dass öffentlicher Busverkehr öffentlich betrieben wird. Privat ist eben nicht immer billiger und besser – diese Erfahrung machen die Menschen seit Jahren auch im Kreis Neuwied. Busse sind eine öffentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge, die nicht ausschließlich nach privatwirtschaftlichen Prinzipien erfüllt werden kann. Schulbusse sollen grundsätzlich kostenfrei sein.

Straßen sanieren. Bei allen notwendigen Anstrengungen zum Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs ist der private Autoverkehr nach wie vor das Rückgrat der Mobilität im Kreis. Deshalb sind die zahlreichen sanierungsbedürftigen Kreis- und Landstraßen umgehend in einen verkehrssicheren Zustand zu versetzen. Dafür muss auch der politische Druck auf die Landesregierung erhöht werden, die entsprechenden Mittel bereit zu stellen.

DIE LINKE lehnt den Neubau von Straßen grundsätzlich ab. Neue Straßen sind nur in Ausnahmefällen vertretbar, wenn eine unabdingbare und belegbare Notwendigkeit besteht. Der Bau von Umgehungsstraßen wird auf seine Notwendigkeit überprüft und soll nur dann stattfinden, wenn eine Entlastung der betroffenen Menschen nachgewiesen ist.

3.7. Ehrenamt/Bürgerbeteiligung

Ehrenamt stärken. DIE LINKE.Neuwied will die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Gestaltung der Kommunalpolitik einbeziehen. Wir wollen die Förderung des ehrenamtlichen Engagements als Basis der Bürgergesellschaft und die Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger.

In Neuwied wird sehr viel im Ehrenamt geleistet. Als Beispiel sei an dieser Stelle der Sport genannt. Sportvereine fördern die gesellschaftliche Integration, sind gesundheitspolitisch sinnvoll und wirken Gewaltbereitschaft, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegen. Von daher ist es wichtig, auch bei knappen Kassen ein umfangreiches Sportangebot für **ALLE** anbieten zu können. Die Ehrenamtsbörse ist eine gute Idee, für deren Weiterführung wir uns einsetzten werden. Das bürgerschaftliche Engagement ist zu einem wichtigen Element unseres Gemeinwesens geworden und ist angesichts der leeren öffentlichen Kassen oft die einzige Möglich-

keit, notwendige Aktivitäten tatsächlich umzusetzen. Ehrenamt ist praktisch gelebte Bürgergesellschaft und muss deswegen breit gefördert werden.

4. Wirtschaft

Wirtschaft ist im Kreis Neuwied vor allem durch mittelständische Unternehmen geprägt. Diese Unternehmen bieten die Arbeitsplätze, von denen die Menschen in der Region ihren Lebensunterhalt bestreiten. Der Kreis Neuwied muss deshalb noch aktiver als bisher die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Unternehmerverbänden, den Kammern und der Europäischen Union suchen. Wirtschaftspolitischen Fragen kommt schon wegen der herausragenden Bedeutung von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen auch auf kommunaler Ebene eine besondere Bedeutung zu. Dies gilt in Zeiten der weltweiten Finanzkrise und ihrer Folgen für die Realwirtschaft umso mehr.

4.1. Wirtschaftsförderung

Regionale Wirtschaft. Zur Abwendung negativer Folgen der Spekulationskrise des Finanzkapitalismus muss die Kreisverwaltung ressortübergreifend arbeiten und lokale und regionale Unternehmen bei der Vergabe von Aufträgen so weit wie gesetzlich erlaubt unterstützen. Die Menschen im Kreis haben ein Recht darauf, dass ihre Steuern auch zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze verwendet werden. Wirtschaftsförderung muss deshalb mehr noch als bisher als Querschnittsaufgabe der gesamten Verwaltung und der Politik gesehen werden. Dabei kommt es weniger auf die Verteilung von Wohltaten wie der kostenlosen Erschließung von Gewerbegebieten und der Senkung der Gewerbesteuerhebesätze an. Viel wichtiger ist die schnelle Bearbeitung von Anträgen, die Orientierung an Lösungsmöglichkeiten statt an Problemen und die Entbürokratisierung von Genehmigungsverfahren - bei gleichzeitiger effizienter Beteiligung von Anwohnern und Betroffenen.
In Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern und den Gewerkschaften ist eine schnelle und effiziente Beratung von Unternehmen sicherzustellen, die öffentliche Förderungen in Anspruch nehmen wollen oder die aufgrund der kommenden Wirtschaftskrise in Existenznot geraten. Die Übergabe von Betrieben an die nächste Generation ist durch fachlich kompetente Beratung zu unterstützen.

Bestandspflege und Ansiedlungspolitik sind Schlüsselbegriffe: Unternehmen sind im Kreis zu halten: vor allem durch kleine Lose, „freihändige“ Vergabemöglichkeiten, durch Neuregelung in Landesvergabegesetzen zur Förderung regionaler Unternehmen, durch Beseitigung oder Milderung von Innovationshemmnissen in der Liegenschaftspolitik, der Flächennutzung oder in der Festsetzung von Abgaben und Auflagen. Bestandspflege und Ansiedlungspolitik finden heute im europäischen und weltweiten Wettbewerb statt. Darauf muss sich auch die Wirtschaftspolitik unseres Kreises besser einstellen.

Ausgehend von der Erfahrung, dass räumliche Nähe Synergieeffekte und innovative Zusammenarbeit befördert, sollten sich Akquisition und Fördermaßnahmen der kommunalen Wirt-

schaftsförderung auf Branchen konzentrieren, mit denen die gewachsene Unternehmensstruktur des Ortes zukunftsfähig ergänzt wird.

DIE LINKE tritt für einen Vorrang kommunaler Eigenbetriebe ein. Es gibt keinerlei Veranlassung, kommunale Unternehmen ausschließlich in private Rechtsformen zu überführen. DIE LINKE wirbt vielmehr bei notwendiger Umwandlung kommunalen Eigentums für die Gründung von Genossenschaften, gemeinnützigen Gesellschaften (gGmbH), Anstalten des öffentlichen Rechts (AöR) oder Stiftungen.

Die Sparkasse ist in der Obhut des Kreises zu halten. Sie ist – im Gegensatz zur Geschäftspolitik der Privatbanken – auf die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen, die Kreditierung kleiner und mittelständischer Unternehmen und die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe zu verpflichten.
DIE LINKE setzt sich gegen Bestrebungen der Europäischen Union ein, im Interesse privater Banken die kommunalen Sparkassen zu zerschlagen. Den damit einhergehenden veränderten Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit der Sparkassen (Wegfall von Gewährsträgerhaftung und Anstaltslast, Verschärfung der europaweiten Kreditbedingungen, wirtschaftliche Situation der Banken) muss und kann durch Kommunalpolitik entgegen gewirkt werden. Wir sind gegen die Privatisierung der Sparkassen, bestehen aber auch darauf, dass die skandalös hohen Zinsen für Dispositionskredite endlich auf ein akzeptables Maß gesenkt werden.

Existenzgründungsförderung. Neben Wagniskapital benötigen Existenzgründerinnen und -gründer vor allem Qualifikation, Kontakte und eine dem Unternehmenszweck entsprechende Infrastruktur. Hier können kommunale Gründerzentren hilfreich sein, die jungen Unternehmen preisgünstig Räume, Bürodienstleistungen und weitere Infrastrukturleistungen anbieten sowie durch die Organisation von Gesprächsforen, Wirtschaftstagen und lokalen Messen neue Kontakte vermitteln.

Entwicklung regionaler, ökologischer und nachhaltiger Wirtschaftskreisläufe, in deren Gefolge Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden können. Auf der Grundlage eines Leitbildes der regionalen Entwicklung geht es der LINKEN dabei vor allem um die Intensivierung der Kauf-Verkauf-Beziehungen bei Produkten und Dienstleistungen zwischen den Menschen unserer Region, das Knüpfen und Verstetigen der Kooperationsbeziehungen zwischen den regionalen Wirtschaftsunternehmen, den Ausbau der Lieferbeziehungen einschließlich der Transporte, sowie das Halten von Kapital in der Region und dessen Einsatz für die Region.

Aufbau von wirtschafts- und technologischen Kompetenzzentren. Dazu können kommunale Bündnisse beitragen, die der Vernetzung von regionalen Wirtschaftskreisläufen, der Unterstützung von Unternehmensgründungen, dem Technologietransfer und der kooperativen Ausbildungs- oder Absatzförderung dienen. Als Träger und Akteure solcher Bündnisse sollten Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Gewerkschaften, Wirtschafts- und Technologieunternehmen gewonnen werden.

Energie als Zukunftsprodukt. Energie wird in Zukunft ein noch kostbareres und deshalb hoch bezahltes Gut werden. Der Kreis Neuwied verfügt über ausgedehnte Waldflächen, deren energetische Nutzung im Rahmen einer nachhaltigen Fortbewirtschaftung intensiviert werden muss. Forschung und Produktion im Zusammenhang mit Holzheizungen sind Bereiche, in de-

nen der Kreis eine führende Position anstreben muss. Dabei ist darauf zu achten, dass die Wertschöpfung in der Region verbleibt.
Landwirte sind auf die Chancen der Produktion von Energiehölzern aufmerksam zu machen und bei der Umstellung ihrer Betriebe zu unterstützen.

Windenergie und Windräder sind einerseits wichtige Bausteine in einem Konzept erneuerbarer Energien. Andererseits sind Anwohnerinteressen und die Vermeidung einer Verschandelung der Landschaft ebenfalls wichtige Gesichtspunkte. DIE LINKE steht der Windenergie grundsätzlich positiv gegenüber, verlangt aber die Beteiligung der Bevölkerung bei Standortentscheidungen und eine sorgsame Güterabwägung von Kosten-Nutzen-Effekten. Baugenehmigungen für Windkrafträder und sonstige Anlagen dürfen nur dann erteilt werden, wenn ein Rückbau nach Beendigung der Nutzung gesichert ist.
Genossenschaftliche Organisationsformen zur lokalen Energieerzeugung sind zu unterstützen. Die Unabhängigkeit der Gemeinden im Kreisgebiet von importierten Energieträgern ist ebenso wie energiesparende Investitionen in Gebäuden und öffentlichen Unternehmen zu fördern. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die im Kreisgebiet eingesetzten Busse auf den Betrieb mit erneuerbaren Energien umgestellt werden.

Tourismus stärken. Der Rheinsteig entwickelt sich zu einem Tourismus-Knüller. Als wichtige Ergänzung und eigenständigen Beitrag sehen wir deshalb den vollständigen Ausbau des Radwege-Netzes entlang der Wied und des Rheins und insbesondere die Schließung der Lücken rund um Neuwied.

Tourismus bringt Geld in die Region und dient der Schönheit unserer Städte und Gemeinden. Dabei ist insbesondere der Naturtourismus zu fördern. Hierbei sind nicht anscheinend prestigeträchtige Großprojekte in Angriff zu nehmen: wichtig sind stattdessen kleinteilige Angebote.
Tourismus sollte unterschiedliche Interessen bedienen: kulturelle Angebote müssen neben naturkundlichen und historischen Schwerpunkten stehen. Dabei ist besondere Rücksicht auf Familienverträglichkeit und Kinderfreundlichkeit zu legen, die Zielgruppe der „aktiven Alten“ ist auch mit Blick auf Werbestrategien besonders zu berücksichtigen.

Internet flächendeckend. Das Internet ist in seiner Bedeutung für Wirtschaftsbeziehungen kaum zu überschätzen. Deswegen ist so schnell wie möglich sicherzustellen, dass die Anbindung des Kreises an schnelle Internetverbindungen entschlossener als bisher vorangetrieben wird. Neben der Koordination der - leider völlig unzureichenden - aktuellen Förderung durch Bund und Land hat der Kreis auch die dringende Aufgabe, das Zustandekommen von Mindestbestellzahlen für Neuanschlüsse zu unterstützen: Nur bei einer entsprechenden Nutzerzahl sind Unternehmen wie die Telekom bereit, auch abgelegenere Orte an das Breitbandnetz anzuschließen.

Ökolandwirtschaft stärken. Die Landwirtschaft ist ein wichtiger und historisch bedeutsamer Erwerbszweig in unserer Region. Die chemische und technische Aufrüstung in Ackerbau und Viehzucht haben aber dazu geführt, dass die Landwirte in unserer Region im Weltmaßstab immer weniger wettbewerbsfähig sind. Der Verlust landwirtschaftlicher Betriebe ist aber gleichzeitig ein Verlust für die Region – denn Weinbau, Obstanbau, Ackerbau und Viehzucht haben unsere Heimat seit Jahrhunderten geprägt. Weil der Weg zu immer höheren Ernteerträgen bei qualitativ minderwertigen und sogar gesundheitsschädlichen Produkten geführt hat,

muss der Kreis Neuwied Wege in eine wirtschaftlich erfolgreiche Ökolandwirtschaft weisen. Angesichts des zunehmenden Interesses der Verbraucher an Ökoprodukten ergeben sich Marktchancen, die es zu nutzen gilt. Kooperationen mit Erzeugerverbänden, Landwirtschaftskammern und regionalen Einkaufsgemeinschaften sind zu fördern.

5. Umwelt

Unsere Region ist durch intakte Waldgebiete, naturnahe Seen- und Flusslandschaften und eine Vielzahl von Tieren und Pflanzen gekennzeichnet. Dieser natürliche Reichtum ist für künftige Generationen zu bewahren. Dementsprechend ist jedem Raubbau entgegen zu wirken, alle naturverträglichen Nutzungen und Wertschöpfungen sind zu stärken. Dazu gehört die Förderung des Baus von Holzhäusern, die Nutzung lokaler Baustoffe wie Lehm und Holz und die Vermeidung von weiterem Flächenverbrauch durch Neubau- und Gewerbegebiete. Vorrangig ist immer die Nutzung bereits vorhandener Kapazitäten und die Schließung von Nutzungslücken.

Naturerbe bewahren. DIE LINKE schlägt eine kreisweite Erfassung vorkommender Tier- und Pflanzenarten vor: dies könnte in Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden und Schulen ein Bild der Naturschätze und ihrer Gefährdung vermitteln. Lokale Partnerschaften zum Erhalt von Tier- und Pflanzenarten sind zu fördern. In Zeiten von Frosch- und Krötenwanderungen sind Vorkehrungen zu treffen, die massenhaftes Überfahren wandernder Tiere wie auf der Landstraße zwischen Puderbach und Altenkirchen ausschließen. DIE LINKE fordert eine engere Kooperation zwischen der Kreisverwaltung und der Kreisjägerschaft: Insbesondere das vermehrte Auftreten von Rehen und Wildschweinen ist eine Bedrohung des ökologischen Gleichgewichtes unserer Region. Neben dem notwendigen Abschuss sind tierfreundliche Methoden der Bestandskontrolle zu entwickeln und anzuwenden.

Müll ist Rohstoff. DIE LINKE tritt für konsequente Müllvermeidung ein und wird alle Konzepte unterstützen, die Müllvermeidung zum Ziel haben. Wir werden die MBA (Mechanisch-Biologische WiederaufbereitungsAnlage) verteidigen und weiter ausbauen, da dies eine der fortschrittlichsten Formen der Abfallwirtschaft überhaupt ist und wesentlichen Anteil daran hat, dass die Müllgebühren in unserem Kreis stabil bleiben und sogar gesenkt werden konnten. Künftig sollte die Wiedergewinnungsquote aus dem Abfall durch neue Techniken und geänderte Sammel-Methoden deutlich erhöht werden. Der Landkreis wird weitere mutige Schritte unternehmen, um zu einer wirklichen Kreislaufwirtschaft voranzuschreiten.

Energie lokal und ökologisch vertretbar. Der Anstieg der Energiepreise und die Gefährdung des Klimas zwingen zu lokalem Handeln: den Städten Marburg und Offenbach ist es gelungen, die Solartechnik zu einem verbindlichen Bestandteil der Flächennutzungspläne zu machen. Auch der Kreis Neuwied muss Abschied nehmen von der zentralen Energiegewinnung: die Zukunft ist kleinteilig und dezentral. Dabei sollten alle Arten der alternativen Energieerzeugung berücksichtigt werden. Natürlich muss sowohl die Effizienz am jeweiligen Standort - z. B. Windräder - als auch die ökologische Bilanz überprüft werden.

Es gibt Alternativen. Wir wollen sie verwirklichen. Deswegen müssen die Neuwieder Stadtwerke in kommunalem Besitz verbleiben. Nur so erhalten wir die Einflussmöglichkeiten, um den Ausbau erneuerbarer Energien zu intensivieren und die Energiepreise im Zaum zu halten.

Private Energieunternehmen folgen ausschließlich dem Gewinninteresse, das Gemeinwohl ist dort keine zu berücksichtigende Größe. Dies aber ist notwendig, um langfristig den Energiebedarf des Kreises größtenteils durch einen sinnvollen Mix aus Windkraft, Biomasse, Photovoltaik und Geothermie aus dem Kreisgebiet selbst zu decken. Außerdem bestehen wir auf der fortschreitenden Ökologisierung der Landwirtschaft . Auch die im Kreis schon begonnene Arbeit an Renaturierungsprojekten wollen wir weiter unterstützen. Notwendig ist eine Diskussion über die kommunale Beleuchtung, deren Leuchtzeiten und die Modernisierung der Leuchtmittel.

Hunde und Katzen abschießen verboten! Jäger bezeichnen sich gerne als diejenigen, die die Verantwortung für Tier und Natur übernehmen, doch die Praxis im Kreis Neuwied sieht oft anders aus: es werden vermeintlich streunende Hunde und Katzen im Wald abgeschossen. Für Hunde- und Katzenbesitzer, die in Waldnähe wohnen oder gerne mit ihrem Tier im Wald spazieren gehen, ist dies eine Zumutung. Es muss möglich sein, mit einem unangeleinten Hund spazieren zu gehen, ohne sein Tier in Lebensgefahr zu bringen. Das Verbot des Abschusses von Hunden und Katzen ist längst überfällig.

6. Kreistag

Kreistag für die Bürger. Trotz seiner großen Bedeutung für das tägliche Leben der Menschen fristet der Kreistag in der Öffentlichkeit ein Schattendasein. DIE LINKE tritt für eine stärkere Beteiligung der Menschen am politischen Leben ein. Deswegen ist in der Öffentlichkeit stärker darüber zu informieren, welche Themen Gegenstand der Beratung im Kreistag sind und welche Entscheidungen gefallen sind.
Für eine bessere Information ist vor allem die skandalöse Vernachlässigung des Kreistages auf der Internetseite des Kreises Neuwied zu verbessern. Dort ist derzeit nicht einmal regelmäßig der Termin der nächsten Kreistagssitzung zu erfahren, Protokolle und Beschlüsse des Kreistages finden sich nur sehr sporadisch. Gleichzeitig feiert die Verwaltung die Verlegung jedes einzelnen Steines eines neuen Straßenpflasters, jede Ferienfreizeit und jede Besprechung mit bildschirmfüllenden Portraits des Landrates oder der zuständigen Beigeordneten. Dies muss dringend anders werden: Die Arbeit des Kreistages und der Ausschüsse muss für die Menschen nachvollziehbar dokumentiert und zeitnah auffindbar sein. Die Berichterstattung in den Medien kann dafür kein Ersatz sein.
DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, die Kreistagssitzungen hinter die übliche Arbeitszeit zu verlegen: wir möchten, dass auch interessierte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen an den Sitzungen teilnehmen können.
Wie in den vergangenen fünf Jahren werden wir weiter anregen, dass möglichst viele Ausschusssitzungen öffentlich stattfinden. Nicht-öffentliche Sitzungen verzichten auf das Einbringen von Sachkenntnis durch interessierte Bürgerinnen und Bürger und befördern den Verdacht, auch die Kommunalpolitik befördere vor allem Einzelinteressen und Kungeleien. Öffentlichkeit beugt dem vor und ist ein Gewinn an politischer Mitwirkungsmöglichkeit.

Bürgernahe Verwaltung. Der letzte vorliegende Verwaltungsbericht für das Jahr 2012 zeigt, dass die Zahl der Widersprüche und Einwendungen gegen Entscheidungen der Kreisverwal-

tung auf einem hohen Niveau verharrt. Mit dem Inkrafttreten des rheinland-pfälzischen Informationsfreiheitsgesetzes zum Jahresbeginn werden die Anforderungen an die Verwaltung hinsichtlich Transparenz und Bürgernähe nochmals steigen. Offenbar ist die Kreisverwaltung dafür noch nicht ausreichend gerüstet. DIE LINKE wird regelmäßig Auskunft über die Entwicklung der Widersprüche und Einwendungen verlangen und fordert den Landrat nachdrücklich auf, in diesem Bereich für spürbare Verbesserungen zu sorgen.
Eine solche Verbesserung ist auch im Bereich der Formulierung von Bescheiden notwendig: ungeachtet der Notwendigkeit „juristisch wasserdichter" Bescheide haben die Bürgerinnen und Bürger ein Anrecht darauf, dass ihnen zugestellte Bescheide auch allgemein verständlich sind. Dies ist leider häufig nicht der Fall. Stattdessen gefallen sich die Mitarbeiter der Kreisverwaltung und der Verbandsgemeinden in der Formulierung kryptischer Sätze unter Bezugnahme auf Dutzende Paragrafen verschiedener Gesetze und Verordnungen – so jüngst bei Flurbereinigungen und der Einforderung von Anliegerbeiträgen für Straßensanierungen. Unverständliche Bescheide sind das Gegenteil einer bürgernahen Verwaltung: nicht die Bürger müssen ein Grundstudium in Verwaltungslehre absolvieren, um Bescheide der Kreisverwaltung zu verstehen – vielmehr muss die Verwaltung sich so äußern, dass normale Menschen sie auch verstehen können.

Kreisumlage nicht erhöhen. DIE LINKE ist auch künftig dagegen, die Kreisumlage linear anzuheben: besonders finanzstarke Gemeinden sollen finanzschwache Gemeinden unterstützen. Viele Verbandsgemeinden sind schon heute finanziell derart in der Klemme, dass oft nur noch die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben abgedeckt werden können. Für politische Gestaltung bleibt kein finanzieller Spielraum. Sicher ist diese Tatsache auch falschen politischen Entscheidungen von SPD und CDU in den vergangenen Jahrzehnten geschuldet: kaum ein Landrat, kaum ein Fraktionsvorsitzender wollte in die Geschichte eingehen, ohne sein ganz persönliches Prestigeobjekt realisiert zu haben. Die Zeche zahlen heute wir – und auch unsere Kinder werden dies noch tun.
Aber der Landkreis Neuwied ist auch deswegen mehr denn je auf eine Änderung des Finanzausgleiches und der Zuweisungen des Landes angewiesen, weil Landes- und Bundesregierungen über die Jahre zwar zahlreiche Zuständigkeiten an die Kreise abgegeben haben, dabei aber nicht für eine ausreichende Finanzierung gesorgt haben. Das engt kommunale Entscheidungsspielräume massiv ein - dabei hat die kommunale Selbstverwaltung Verfassungsrang und hängt unmittelbar auch von finanzieller Handlungsfähigkeit ab.
DIE LINKE fordert deswegen nachdrücklich, nicht immer weiter dort zu sparen, wo definitiv nichts mehr einzusparen ist. Die Kreisverwaltung ist bei wachsenden Aufgaben personell auf dem Stand von vor vielen Jahren – Personalkosten lassen sich nur noch dann einsparen, wenn wichtige Aufgaben vernachlässigt werden. Ein ausgeglichener Haushalt kann kein Selbstzweck sein. DIE LINKE fordert deswegen nachdrücklich, die Landesregierung erneut auf eine bessere Finanzausstattung zu verklagen. Der Verfassungsgerichtshof des Landes hat hierzu bereits wichtige Grundaussagen gemacht, die bei einem neuen Verfahren die Position des Kreises stärken.

Möglichkeiten nutzen. DIE LINKE fordert die Kreisverwaltung auf, Möglichkeiten zur Verbesserung der Einnahmesituation tatsächlich zu nutzen. Ein Beispiel ist das durch nichts zu rechtfertigende Vorrecht der Telekom, kostenlos Leitungen auf öffentlichen Grundstücken zu verlegen. Dieses Vorrecht rührt noch aus der Zeit, als die Telekom ein öffentliches Unternehmen und dem Gemeinwohl verpflichtet war. Das ist Geschichte. Wenn die Telekom sich als private Aktiengesellschaft nicht länger der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Telekommunikationsdienstleistungen, beispielsweise schnellen Internetverbindungen, verpflichtet

fühlt, gibt es keinen Grund die Firma öffentlich durch Nichterhebung von Leitungsgebühren zu subventionieren. DIE LINKE wird sich deshalb dafür einsetzen, dass die Kreisverwaltung entsprechende Potentiale ermittelt und sie gegenüber der Telekom auch durchsetzt.

Gesundheitsfürsorge. Eine flächendeckende und wohnortnahe Versorgung mit ärztlichen Dienstleistungen ist in einigen Teilen des Kreisgebietes reines Wunschdenken. Hier muss energisch gegengesteuert werden. Monatelange Wartezeiten oder kilometerweite Anfahrten sind bei grundlegenden medizinischen Dienstleistungen nicht akzeptabel. DIE LINKE schlägt deshalb vor, in Zusammenarbeit mit den Ärzte- und Patientenverbänden ein wirksames Werbekonzept für die Ansiedlung junger Mediziner zu erarbeiten. Darin können auch Fördermaßnahmen wie zinsgünstige Kredite für die Praxisausstattung oder Bürgschaften enthalten sein.
DIE LINKE wird im nächsten Kreistag beantragen, dass die Verwaltung Ermittlungen darüber anstellt, wieviele Bewohner des Kreises mangels einer Krankenversicherung keine Gesundheitsfürsorge in Anspruch nehmen können. In Abhängigkeit von den Ergebnissen dieser Untersuchung werden wir Schritte beantragen, die solchen Menschen Zugang zu Ärzten und Medikamenten ermöglicht.

Altes schützen und nützen. Städtebau und Denkmalpflege sind lange als Gegensätze begriffen worden. Doch die Erfahrung der letzten Jahrzehnte zeigt, dass die seelenlosen Retortenstädte und –vororte von den Menschen nicht angenommen werden. Gerade in unserem kleinstädtisch und ländlich geprägten Kreis dürfen deshalb die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden. Sinnvoll sind immer die kleinteiligen Lösungen, der Schutz des Bestehenden hat Vorrang vor dem angeblich praktischen Neuen. Neben den gesellschaftlichen Gründen hat dies auch handfeste finanzielle Aspekte: die Folgekosten städtebaulichen Größenwahns fallen immer auch den kommunalen Haushalten zur Last.
Der Erhalt bestehender Bausubstanz hat darüber hinaus positive beschäftigungspolitische Effekte in der Region – dies gilt es zu nutzen und auszubauen. DIE LINKE unterstützt deswegen das Konzept der „Immobilienscouts“, die Leerstände ermitteln und an Interessenten vermitteln sollen. Der Erfolg dieses Ansatzes muss demnächst überprüft werden, um mögliche Verbesserungsbedarfe zu erkennen und umzusetzen.

Landesentwicklungsplan IV benachteiligt Neuwied. Der Landesentwicklungsplan IV, mit dem die Landesregierung ihre Politik finanziell und ordnungspolitisch festgeschrieben hat, ist eine Kriegserklärung an Flächenkreise wie den Kreis Neuwied. Bedauerlicherweise hat sich die faktische Koalition aus CDU, FWG und FDP im Kreistag bisher vornehmlich dazu geäußert, was die unmittelbaren Kompetenzen der Kreise und Gemeinden betrifft. So richtig diese Kritik in der Sache ist, so offensichtlich ist, dass es den Parteifürsten vor allem um ihre eigene Macht geht. Das aber ist nicht der Kern des Problems.
In der Tat sind Kostensenkungen durch das Zusammenlegen von Zuständigkeiten und die Straffung von Verwaltungsabläufen keine heiligen Kühe – sofern die Erreichbarkeit öffentlicher Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger gewährleistet ist. Wenn aber die Entwicklungsmöglichkeiten von Städten und Gemeinden allein deswegen beschnitten werden, weil sie derzeit schon hinterherhinken, ist das Maß des Erträglichen weit überschritten. Schon heute müssen Bürgerinnen und Bürger lange Wege auf sich nehmen, um einen Personalausweis zu beantragen, eine Baugenehmigung einzuholen oder ihr Auto an- und abzumelden. Dies wird sich bei Umsetzung des Landesentwicklungsplanes und seiner Fortschreibungen in der derzeitigen Fassung noch verschärfen.

Den Gemeinden des Kreises wird noch stärker als bisher der Finanzhahn zugedreht. Diese Politik auf Kosten der Fläche wird den entschiedenen Widerstand der LINKEN im Kreistag Neuwied finden.

Bürger entscheiden selber. Eines der wichtigsten Instrumente der Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen ist der Bürgerhaushalt. In einigen Städten in Deutschland ist es gelungen, finanzielle Entscheidungen nicht mehr nur den gewählten Kommunalpolitikern zu überlassen, sondern die Bürgerinnen und Bürger direkt zu beteiligen. DIE LINKE. Neuwied verbindet mit der Einführung des Bürgerhaushalt folgende Ziele:

- Demokratisierung kommunaler Entscheidungen
- Zurückdrängen von Lobbyismus und Korruption
- höhere Bedarfsgerechtheit und damit Effektivität des Einsatzes von Haushaltsmitteln
- Solidarität zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und Regionen
- Erhöhung der Lebensqualität und Beförderung sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Innovationen
- Begrenztheit finanzieller Spielräume sichtbar und öffentlich begründbar machen

Wichtig für den Erfolg eines Bürgerhaushalts ist, dass in allen Debatten der gesamte Haushalt offen gelegt wird, das Verfahren für alle transparent ist und die Bürger sich zur Teilnahme eingeladen fühlen. Der Rechenschaftsbericht am Jahresende und auch die Umstrukturierung der Verwaltung sind weitere wichtige Faktoren für die Umsetzung des Bürgerhaushalts. DIE LINKE hat dieses Thema zu einem der Hauptaspekte der letzten Wahlperiode im Kreistag gemacht und die Kreisverwaltung gebeten, Vorschläge zur Einführung des Bürgerhaushaltes zu erarbeiten. Die Ergebnisse stehen noch aus, wir werden an dieser Stelle nicht lockerlassen.

Filz und Vetternwirtschaft. Politiker aller Couleur weinen gerne öffentliche Krokodilstränen über die angebliche Politikverdrossenheit. Dabei sind sie selber es, die das öffentliche Ansehen der Politik immer wieder beschädigen. Die Kreisverwaltung und ihre Wahlämter sind nicht der Versorgungspool für mehr oder weniger fähige und verdienstvolle Parteisoldaten. Sie ist das Dienstleistungsangebot unseres Gemeinwesens an seine Bürger – und kein parteinahes Versorgungsangebot. DIE LINKE wird sich keinem Sach- oder Personalvorschlag verschließen, der erkennbar an Kompetenz und Gemeininteresse ausgerichtet ist – aber wir werden genauso entschlossen allem entgegen treten, was das Gemeinwesen zur Beute von Einzelinteressen macht.

Neuwied, im Februar 2014